

Schaft, Wolfgang

Article — Digitized Version

Abgabenlast auf Rekordniveau

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schaft, Wolfgang (1994) : Abgabenlast auf Rekordniveau, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 1, pp. 4-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137078>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zu Beginn dieses Jahres ist eine Reihe von Maßnahmen in Kraft getreten, die die ohnehin schon hohe Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger weiter erhöhen. Am stärksten zu Buche schlägt dabei die Erhöhung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung von 17,5% auf 19,2%; sie führt zu Mehreinnahmen von ca. 25 Mrd. DM. Die Mineralölsteuer auf Benzin wurde um 16 Pfennig je Liter, die auf Diesel um sieben Pfennig angehoben; die Mehreinnahmen betragen 8 bis 9 Mrd. DM. Durch das Mißbrauchsbekämpfungsgesetz erhöht sich die Steuerlast um etwa 2 ½ Mrd. DM. Dabei wird die Kfz-Steuer für Diesel-PKW um 7,50 DM je 100 ccm Hubraum aufgestockt, die Feuerschutzsteuer wird nach oben hin vereinheitlicht, und eine Reihe von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen wird im Sinne einer Erweiterung der Steuerbemessungsgrundlagen abgebaut. Schließlich ist auch noch der Kohlepfennig – die Stromverbraucher zahlen ihn mit ihrer Stromrechnung als Subvention an den unrentablen Kohlenbergbau – von 7,5% auf 8,5% angehoben worden.

Die Steuer- und Abgabenbelastung wird dadurch insgesamt um rund 37 Mrd. DM zunehmen. Dieses entspricht gut einem Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts. Die volkswirtschaftliche Abgabenquote – Steuern, Sozialabgaben und sonstige steuerähnliche Abgaben in Prozent des nominalen Bruttosozialproduktes – wird 1994 mit 44% einen historischen Höchststand erreichen; 1970 lag sie noch bei 37%. Gemessen am Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers wird die individuelle Belastung mit Steuern und Sozialabgaben 1994 auf den Rekordwert von etwa 45% steigen. Nach Inkrafttreten des beschlossenen Solidaritätszuschlags von 7,5% auf die Lohn- und Einkommensteuer im nächsten Jahr werden einem Durchschnitts-



Wolfgang Schaft

Abgabenlast auf Rekordniveau

verdiener von einer Mark sogar 47 Pfennig abgezogen. Im Jahre 1960 waren es im Vergleich dazu nur 27 Pfennig.

Wenn, wie zu befürchten ist, die Abgabenbelastung noch weiter in die Nähe der 50-Prozent-Marke gerät, ist es nicht nur legitim, sondern auch notwendig, die Frage nach den Grenzen der Besteuerung zu stellen. Bundesverfassungsrichter wie die Professoren Herzog und Kirchhof haben sich dazu im letzten Jahr – auch in Zusammenhang mit der Eigentumsgarantie des Artikels 14 Grundgesetz – schon kritisch zu Wort gemeldet. Die ökonomische Konsequenz einer ständig steigenden, übermäßigen Abgabenlast ist die Schwächung der Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft bei gleichzeitiger Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Effizienz. Negative Begleiterscheinungen einer solchen Fehlentwicklung sind strukturell steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Schattenwirtschaft, abnehmende Leistungsbereitschaft, um sich greifender Steuerwiderstand und steigende Ansprüche an den Staat mit der Folge einer weiter

expandierenden Staatsverschuldung.

Eine der zentralen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der seit 1982 regierenden Koalition war die Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung, um den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit von Bürgern und Unternehmen und damit den Standort Deutschland zu stärken. Die Bundesregierung hat dieser Zielsetzung zwar immer wieder – zuletzt in ihrem Bericht zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland vom September letzten Jahres – Priorität gegeben. Warum klappt hier zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine so große Lücke? Die wesentliche Ursache war das Erfordernis, den Anpassungsprozeß Ostdeutschlands im Zuge der Deutschen Einheit zu finanzieren. Die Finanzierungsalternativen waren höhere Staatsverschuldung, höhere Steuern und Abgaben sowie die Kürzung von Staatsausgaben an anderer Stelle bzw. im alten Bundesgebiet.

Unmittelbar nach der Einheit gab es kurzfristig wohl keine Alternative zu einer höheren Staatsverschuldung. Spätestens aber als deutlich wurde, daß der Anpassungsprozeß länger dauern würde als ursprünglich angenommen, wäre es – z.B. im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms 1993 – ökonomisch vernünftig gewesen, das Schwergewicht auf die Umschichtung von Staatsausgaben zu legen. Die Politiker der westlichen Gebietskörperschaften waren aber nicht bereit, zugunsten Ostdeutschlands die Ausgaben zurückzufahren und ihren schon bestens versorgten Bürgern Leistungskürzungen zuzumuten. Die Konsequenz ist nun, daß nicht nur die Neuverschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts, sondern auch die Steuer- und Abgabenbelastung bis an die Grenze des gesamtwirtschaftlich vertretbaren erhöht worden ist, wenn nicht sogar schon darüber hinaus.